

# Halle'sche Zeitung

Abend-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen. Nr. 680 Jahrg. 215

**Bezugspreis:** monatlich 600 — mit Jahrgangsbüchlein, Sendungen nehmen keine Zustellungen, Bestellungen sind unter Anzeigerzettel zu machen.  
**Halle-Saale:** Leipziger Straße 61/62, Fernamt Zentrale 7801.  
abends von 7 Uhr an Redaktion 5600 und 5610. — Postfachkonto Leipzig 30 512.

**Halle-Saale**  
Freitag, 22. Dezember 1922

**Anzeigenpreis:** Die Spalte, 24 mm breit, 1 mm hoch, 40 — A. Die Spalte, 90 mm breit, 1 mm hoch, 100 — A. Resten nach dem Einverständnis Halle-Saale.  
**Geschäftsstelle Berlin:** Bernburger Str. 30, Fernamt Ost Marienbr. 22 438 9.  
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Heile, Halle-Saale

## Die Allerwelt'sorge

### Die Reparationsberatungen der Regierung — Eine amerikanische Ente — Poincaré vor dem Senat

Die die „D. A. Z.“ berichtet, nehmen die Reparationsberatungen der Regierung mit den Sachverständigen über die Ergänzung des Reparationsplanes ihren Fortgang. Der Reichsminister für den öffentlichen Verkehr und Reichsminister für den öffentlichen Verkehr und Reichsminister für den öffentlichen Verkehr sind teils vom Reichsminister B. Hofenberg, teils vom Reichsminister Beder und teils vom Reichsminister Hermes zur Aussprache empfangen worden.

London, 21. Dezember.

Der Londoner Korrespondent der „Associated Press“ teilt mit, wie vermute, hätte die Reparationskommission auf Wunsch eines Sachverständigen, an deren Spitze der Reichsminister Dr. Cuno stehe, Verhandlungen mit England und Frankreich gegen Ernennung einer Kommission amerikanischer Geschäftsleute eingeleitet, die eine neue Grundlage für die Regelung der Reparationen festlegen sollte. Es heißt, daß die Zustimmung Großbritanniens zu diesem Vorschlag Staatssekretär Hughes telegraphisch worden sei, und daß eine baldige Antwort Frankreichs erwartet werde. Der Vorschlag solle an Hughes durch die amerikanische Handelskammer gelangt sein, die von Dr. Cuno und seinen Mitarbeitern erlitten worden sei, eine Kommission mit Hoover an der Spitze zu ernennen, die nach Deutschland reisen und die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands untersuchen solle. Der Vorschlag ginge dahin, daß die Kommission ermächtigt werden solle, die Höhe der Reparationen, die Deutschland bezahlen könne, zu bestimmen. Die amerikanische Handelskammer sei auf Cuno's Wunsch eingegangen und habe Hoover erklärt, die Frage zusammen mit dem Minister Harding zu beraten. Hoover habe dies getan und die Anwesenheit sei infolgedessen dem Staatssekretär Hughes übergeben worden. Die Verhandlungen zwischen Hughes und der britischen und der französischen Regie-

rung seien nun eingeleitet worden zu dem Zweck, die Zustimmung Englands und Frankreichs dazu einzuholen, daß sie die Totalsumme der Reparationen, welche die amerikanische Kommission festsetze, anerkennen.

Nach dem W. A. Z. Wie wir von ausländischer Stelle erfahren, haben weder der Reichsminister noch eine sonstige amtliche Stelle einen solchen Antrag an die Regierung der Vereinigten Staaten gerichtet.

Wie weiter erzählt, ist in London über die Bildung eines amerikanischen Ausschusses von Geschäftsleuten für die Reparationsfragen nichts bekannt. An die britische Regierung sei man wegen dieser Sache nicht herange- treten.

Weiter erzählt aus New York, der Präsident der Handelskammer der Vereinigten Staaten habe eine Erklärung abgegeben, in der er sich durchaus günstig über den Vorschlag einer Untersuchung der deutschen Wirtschaftslage auf Grund amerikanischer Geschäftsleute äußert. Die Aktion der amerikanischen Regierung sei sicherlich nicht auf eine deutsche Anregung zurückzuführen, sondern zweifellos von der Überzeugung ausgegangen, daß der Weltfriede und die Wiederherstellung der alliierten Länder in hohem Maße durch eine Regelung der Reparationsfrage erleichtert werden würden.

Paris, 21. Dezember.

Das „Journal des Debats“ schreibt: Es ist nicht zweifelhaft, daß die Kabinette von Paris und London die Zeit bis zum 2. Januar zur Vorbereitung der entscheidenden Konferenzen ausnützen. Die Unterredung, die Poincaré mit Lord Derby einleitete, mit dem französischen Botschafter in London andererseits hatte, bezog sich auf die Möglichkeit einer Verständigung. Bekanntlich hat Vauon Du besprochen, nur für kurze Zeit in die Ferien zu gehen, um besser den Vorbereitungen folgen zu können.

## Ein neues Vertrauensvotum für Poincaré

Paris, 22. Dezember.

Der Senat begann in seiner gestrigen Sitzung heute nachmittags mit der Beratung der vorliegenden drei Vertrauensvotum über die auswärtige Politik der Regierung.

Ministerpräsident Poincaré führte u. a. aus, es sei natürlich, daß angefaßt der Reparationen Deutschlands die Geister beunruhigt seien, daß man nach einer neuen Lösung suche. Er glaube, er könne sich auf feste Erklärungen beschränken, da er seine Erklärungen in der Kammer auch vor dem Senat aufrechterhalte, von denen er nichts zurückzunehmen und denen er nichts hinzuzufügen habe. Deutschland beharre auf seinem Forderungen, die Reparationen der Großmächte hätten auf Kosten des deutschen Volkes bezahlt. Welches sei der zutreffende und historische Weg, damit Frankreich in seinen Rechten bestärkt werde?

Deutschland führe seine Verpflichtungen nicht aus und der Zahlungsplan vom Mai 1921 sei zum loten Versinken geworden. Deutschland behaupte, daß es infolge der Entwertung seines Geldes nur sehr schwer die Waren im Innern bezahlen könne, aber unter diesen Bedingungen befinden sich solche, die aus den Staatsbänken kämen. An Wirtschaftlichkeit bemühe sich Deutschland, alle Reparationen hinauszuschieben. Sei das wirklich der Augenblick, um Deutschland ohne Gegenleistung ein neues Moratorium zu gewähren und werde Deutschland das Moratorium dazu benutzen, um seine Finanzen zu sanieren? Man müsse Deutschland einer effizienten Kontrolle unterwerfen.

Überhaupt, selbst wenn Frankreich sich geschädigt wolle, könne es das nicht. Am 31. Dezember werde Frankreich für Deutschland etwa 100 Milliarden beauftragt haben. Deutschland habe Dominalanleihe, über die nach Artikel 248 des Friedensvertrages die Alliierten ein Verbot erteilen können, besessen. Er werde von den Alliierten verlangen, um Frankreich diese Mittel zu nehmen aber Frankreichs für die Reparationen zu zahlen zu lassen. Derselbe Artikel schalte die Ausfuhr von Gold zu verbieten. Es hätte solche Werte, die als Pfand für die Forderungen an Deutschland dienen könnten. Wir wollen Deutschland nicht ruinieren (?), wir wollen aber auch nicht, daß es in einem solchen Zustand über unsere lästige Schuld (?) lüthig wird.

Wir würden glücklich sein, wenn es innere oder äußere Anzeichen abgäbe, um seine Schulden zu mobilisieren. Es sei aber nicht wünschenswert, daß die Reparationsfrage in die Hände der Bankiers übergehe, denn diese werde den Gegenstand der Verhandlungen am 2. Januar bilden. Dann werden wir uns über die interalliierten Schulden sprechen. Poincaré betonte, daß er weitestgehend entgegenkommen bereit gefühlt habe und daß man nicht mehr auf Amerika warten wolle, um die Frage der europäischen Schulden zu regeln. Ja

Dollar: 6575 nach 6500

hin führt, daß die Verhandlungen im gegenseitigen Vertrauen fortgesetzt werden. Man wird darüber wachen, daß sie niemals in Leinigkeit ausarten.

Darauf wurde der Regierung das Vertrauen ausgesprochen.

## Die Regierung zur Sühnenote

Zu der Antwort des Botschafters auf die deutsche Entschuldigungsnote wird amtlich erklärt:

Der Wortlaut der deutschen Note vom 10. Dezember ist seinerzeit im Auftrage der Reichsregierung durch Wolffs Telegraphisches Büro verbreitet worden, die Fortsetzung der Botschafterkonferenz auf amtliche Veröffentlichung des Wortlauts ist also erfüllt.

Die von der Botschafterkonferenz gestellten Zweifel, ob die Entschuldigungen der Reichsregierung auch für die Bayerische Regierung und die Polizeibehörden der beiden bayerischen Gebiete gelten, erledigte sich durch Art. 7 des Abkommens der Reichsverfassung, auf welchen sich die Ausführungen der Note vom 10. Dezember stützen. Die Reichsregierung hat ihre Entschuldigungen in Ausübung der Vertretungsbevollmächtigung ausgesprochen, die ihr bei Wahrnehmung auswärtiger Angelegenheiten für alle Teile des Reiches zusteht, so daß (wie in der Note vom 10. Dezember bereits hervorgehoben) für eine besondere Entschuldigung von bayerischer Seite kein Raum bleibt; die von der Reichsregierung ausgesprochenen Entschuldigungen gelten auch für Bayern.

Wir vermögen nach die Stellungnahme der Regierung zu den Sonderberatungen der Entente betreffend die Verfassung der beteiligten Beamten. Soffentlich erfolgt diese auch in Kürze.

## Ein Billionen-Etat

Berlin, 21. Dezember.

Der Reichstag nahm den Etatansatz für 1923 an. Der gesamte Ausgabenetat des Haushalts der allgemeinen Reichsverwaltung übersteigt zum ersten Mal eine Billion Mark. Es steigert die mit der Unsicherheit unserer Lage wachsende Geldentwertung, verbunden mit den unerträglich und unvertreten Lasten, unsere Ausgaben und unseren Schulden zu immer riesenhafter Höhe.

Der neue Reichsetat für 1923/24 wird dem Reichstage Mitte Januar zugehen. Er ist mit äußerster Sparlichkeit für innere deutsche Bedürfnisse aufgestellt worden.

## Haastlich will deutsch bleiben

Nach einer Drahtmeldung der „A. Z.“ aus Breslau, hat die Aufhebung der interalliierten Grenzkommission, wonach die Gemeinde Grotzsch der Niederschlesische Kreis einmündig ist, in Grotzsch und im gesamten Kreis Ratibor größte Erregung hervorgerufen. Im Auftrage der Gemeinde bezog sich eine Wordnung nach Berlin, um die ungeliebten Stellen aufzuheben, eine sofortige Resolution der ungeliebten Aufhebung der Ratibor Kreisrat bezog sich einmündig die Wöfung eines Kreisratskollegiums.

## Seindliche Verletzungen des Versailler Vertrages

Von Wolfgang Eisenhart.

(Schluß.)

Das alles führt dahin, daß wir wieder, soweit es irgend möglich ist, nach einer Verklärung unserer Wehrmacht streben müssen, wenn wir nicht jedem Anlauf und jedem böhmischen Rechtsbruch seitens unserer Feinde weiter preisgegeben sein sollen. Wie bekannt, dürfen wir nach dem Versailler Frieden nur ein Heer von 100 000 Mann Berufssoldaten halten, aber die allgemeine Wehrpflicht nicht wieder einführen. In seiner hier gehaltenen Rede hat kürzlich der konervative Führer Graf Helldorf aber mit Recht betont, daß diese uns auferlegte Abrüstung auch die Abrüstung unserer Feinde nach dem Versailler Vertrage zur Voraussetzung hat, die dort ausdrücklich ausgedrückt ist. Da aber unsere Feinde nicht daran denken, abzurüsten und sogar zu Lande wie zu Wasser ihre Rüstung vergrößern, so meinte der konervative Führer, daß auch Deutschland nicht mehr an die Rüstungsbeschränkung des Vertrages gebunden sei und wieder zur allgemeinen Wehrpflicht zurückkehren könne.

Diese Auffassung ist juristisch zweifellos richtig. Da die einzelnen Bestimmungen des sehr umfangreichen Versailler Vertrages nur wenig in einzelnen im deutschen Publikum bekannt sind, so mag hier auf dessen wesentliche Bestimmungen bezüglich der Abrüstungsfrage hingewiesen werden. Der Friedensvertrag beginnt mit den Bestimmungen über den durch ihn gegründeten Völkerbund, die also in den Friedensvertrag hineingearbeitet und dann auch von Deutschland, obgleich es in den Völkerbund noch nicht aufgenommen ward, mit unterschrieben sind. Da heißt es im Artikel 8:

„Die Bundesmitglieder (des Völkerbundes) bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Verpflichtung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß zu erleichtern, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erhaltung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist. Der Rat (des Völkerbundes) entwickelt unter Berücksichtigung der geographischen Lage und der besonderen Verhältnisse eines jeden Staates die Abrüstungspläne und unterbreitet sie den betreffenden Regierungen zur Prüfung und Entscheidung.“

Unter der Zeit V des Friedensvertrages beginnt die Bestimmungen über die Beschränkung der deutschen Rüstungen mit den Worten:

„Um die Einleitung einer allgemeinen Abrüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt genau einzuhalten.“

Die Rechtslage ist also: Deutschland hat sich verpflichtet, seine Rüstungen sehr stark zu beschränken, unter dem Gezwang der Entente, auch ihre eigenen Rüstungen auf das zu ihrer Verteidigung erforderliche Mindestmaß zu beschränken. Es liegt also hier eine deutsche Leistung vor, die eine Gegenleistung der Entente macht erfordert. Da diese Gegenleistung ausgeblieben ist, so ist auch Deutschland an sein Versprechen nicht mehr gebunden. Denn das wird doch Frankreich so wenig wie England befehlen können, daß sie zur Abwehr des deutschen Heeres von 100 000 Mann und seiner Wirt-

## Die Weihnachtsnummer der „Halle'schen Zeitung“

erscheint Sonntag, den 24. Dezember.

In dieser Karte erscheint in Halle keine andere Zeitung.

Diese Nummer liegt 3 Tage auf.

Verlobungs-Anzeigen  
Vergnügungs-Anzeigen  
Empfehlungs-Anzeigen  
finden dadurch

weinste Beachtung.









